



Mit massiven Luftschlägen gegen den Iran haben die Vereinigten Staaten Ende Februar eine neue Eskalationsstufe im Nahen Osten eingeläutet. Präsident Donald Trump rechtfertigt das militärische Vorgehen als präventive Maßnahme gegen das iranische Raketen- und Atomprogramm. Doch seine widersprüchlichen Aussagen zur Dauer, Zielsetzung und politischen Perspektive der Operation nähren Zweifel an der strategischen Klarheit Washingtons. Während die Welt auf den „Tag danach“ blickt, bleibt offen, ob es sich um begrenzte Abschreckung oder um die Herbeiführung eines Regimewechsels handelt – mit allen Risiken, die ein solcher Schritt birgt.

Operation „Epic Fury“ – Prävention oder Machtprojektion?

Gemeinsam mit Israel starteten die USA am 28. Februar eine breit angelegte Luftoffensive gegen iranische Ziele. Offiziell richtet sich die Operation „Epic Fury“ gegen militärische Infrastruktur, insbesondere gegen Stellungen der Revolutionsgarden sowie Anlagen, die dem ballistischen Raketenprogramm des Iran zugerechnet werden. Zudem soll verhindert werden, dass Teheran sein Atomprogramm weiter vorantreibt.

Die Begründung aus Washington lautet, man habe präventiv gehandelt, um einer bevorstehenden Eskalation zuvorzukommen. Außenminister Marco Rubio erklärte, die Angriffe dienten primär der Zerstörung iranischer Raketenfähigkeiten – nicht dem Sturz des Regimes. Verteidigungsminister Pete Hegseth seinerseits betonte, es handle sich weder um einen „Sumpf“ noch um ein „Demokratisierungsprojekt“.

Doch diese Lesart steht im Spannungsverhältnis zu früheren Aussagen des Präsidenten. Noch kurz zuvor hatte Trump öffentlich den Sturz der politischen Führung in Teheran ins Spiel gebracht. Die Eliminierung des obersten Führers Ali Khamenei – ein symbolischer wie politischer Einschnitt – verschärft die Frage nach der strategischen End-Definition zusätzlich.

Strategische Unklarheit als politisches Kalkül?

Trump selbst variierte in Interviews zwischen wenigen Tagen, vier Wochen oder einer unbestimmten Dauer der Operation. Diese Inkonsistenz ist nicht neu. Seit seiner ersten Amtszeit setzt er auf strategische Ambiguität – ein bewusstes Offenlassen von Optionen, um Gegner wie Verbündete gleichermaßen im Unklaren zu lassen.



In der internationalen Politik kann Ambiguität ein Instrument der Abschreckung sein. Doch im Kontext militärischer Interventionen birgt sie erhebliche Risiken. Ohne klar formulierte Kriegsziele drohen Zielverschiebungen, wie sie die USA bereits in Afghanistan oder im Irak erlebt haben.

Gerade der Irakkrieg von 2003 gilt vielen als warnendes Beispiel: Eine Intervention mit begrenztem Ziel – der Beseitigung angeblicher Massenvernichtungswaffen – entwickelte sich rasch zu einem langjährigen Stabilisierungs- und Demokratisierungsprojekt mit enormen Kosten. Trump hatte diese Intervention wiederholt scharf kritisiert und sich als Gegner „endloser Kriege“ positioniert. Die aktuelle Operation steht somit in einem Spannungsverhältnis zu seinem bisherigen Narrativ.

Verfassungsrechtliche Fragen in Washington

Hinzu kommt eine innenpolitische Dimension. Der US-Kongress wurde vor Beginn der Angriffe nicht konsultiert. Zwar erlaubt die sogenannte War Powers Resolution von 1973 dem Präsidenten, in Notfällen militärisch zu handeln. Doch eine längerfristige Operation bedarf der Zustimmung des Parlaments.

Führende Demokraten kritisieren daher eine Umgehung des Kongresses. Senator Jack Reed sprach von einem Einsatz ohne klaren Plan und ohne definierte Exit-Strategie. Die amerikanische Öffentlichkeit bleibt gespalten: Umfragen der vergangenen Jahre zeigen eine ausgeprägte Interventionsmüdigkeit. Die Erfahrungen in Afghanistan – 20 Jahre Krieg, Tausende Gefallene, letztlich ein chaotischer Abzug – wirken nach. Auch in jüngsten Umfragen positioniert sich eine deutliche Mehrheit der Befragten gegen den aktuellen Irakkrieg.

Eine mögliche Entsendung von Bodentruppen, die Trump nicht kategorisch ausschloss, wäre innenpolitisch besonders brisant. Der Schritt von Luftschlägen zu einer Bodenoperation markiert regelmäßig eine qualitative Eskalation – politisch wie militärisch.

Regimewechsel durch Implosion?

Hinter der Rhetorik lassen sich drei mögliche Zielrichtungen erkennen: Erstens die dauerhafte Schwächung des iranischen Raketenprogramms, zweitens die Verhinderung nuklearer Bewaffnung und drittens – implizit oder explizit – ein Regimewechsel.



Letzteres erscheint besonders heikel. Anders als im Fall kleinerer oder politisch isolierter Staaten verfügt der Iran über eine komplexe, historisch tief verwurzelte Staatsstruktur. Die Islamische Republik hat in über vier Jahrzehnten ein Netz aus religiösen, militärischen und wirtschaftlichen Machtzentren aufgebaut. Die Revolutionsgarden kontrollieren weite Teile der Wirtschaft; religiöse Stiftungen und halb-staatliche Institutionen prägen die politische Landschaft.

Ein von außen induzierter Machtwechsel birgt daher erhebliche Unsicherheiten. Wer würde im Falle eines Zusammenbruchs die Macht übernehmen? Exiloppositionelle? Reformkräfte innerhalb des Systems? Militärische Hardliner? Die Geschichte zeigt, dass Machtvakuum selten stabilisierend wirkt. Libyen nach 2011 oder der Irak nach 2003 sind Mahnungen.

Trump selbst erklärte, es liege am iranischen Volk, seine Führung zu stürzen. Gleichzeitig sprach er von „drei exzellenten Optionen“ für eine künftige Führung – ohne Namen zu nennen. Diese Ambivalenz verstärkt den Eindruck, dass politische Ziele erst im Verlauf der Operation konkretisiert werden.

Geopolitische Signalwirkung

Die militärische Eskalation betrifft nicht nur die USA und den Iran. Israel, das seit Jahren vor einer nuklear bewaffneten Islamischen Republik warnt, unterstützt das Vorgehen ausdrücklich. Für die Golfstaaten wiederum ist die Lage ambivalent: Sie teilen die Sorge vor iranischer Expansion, fürchten jedoch eine regionale Destabilisierung.

Auch Russland und China beobachten die Entwicklung genau. Beide Staaten unterhalten enge Beziehungen zu Teheran. Eine Schwächung Irans würde das geopolitische Gleichgewicht im Nahen Osten verschieben – möglicherweise zugunsten westlicher Einflusszonen, möglicherweise aber auch zugunsten neuer Machtkonstellationen.

Zudem steht die Glaubwürdigkeit amerikanischer Abschreckung auf dem Spiel. Sollte die Operation rasch und begrenzt bleiben, könnte sie als entschlossene Machtdemonstration gelten. Zieht sie sich jedoch in die Länge oder führt zu chaotischen Zuständen, droht ein erneuter Vertrauensverlust in die strategische Planungsfähigkeit Washingtons.

Der Konflikt mit dem Iran ist somit mehr als eine militärische Episode. Er ist ein Test für die außenpolitische Kohärenz der Vereinigten Staaten – und für die Fähigkeit des Präsidenten, klare strategische Linien zu definieren. Zwischen präventiver Abschreckung, innenpolitischem



Zwischen Abschreckung und Regimewechsel: Trumps riskantes Spiel mit dem Iran

Kalkül und geopolitischer Machtprojektion bleibt die entscheidende Frage offen: Ist diese Intervention Teil einer langfristigen Strategie – oder Ausdruck eines situativen, von Opportunität geprägten Entscheidungsstils?

Autor: P. Tiko